

Die befürwortende Haltung der Ost-CDU gegenüber der Bodenreform
Enteignungen 1945 - 1949 >>> www.Staatshehlerei.org <<<

Geschrieben von Dr. Gertner am 18. Oktober 2006 17:17:

Die Haltung der CDU war schon in den Jahren 1945/46 gegenüber der Bodenreform in der SBZ keineswegs so, wie man uns dies gern glauben machen will. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die CDU mehrheitlich diese Gewaltakte in Kenntnis ihres schweren Unrechtscharakters billigend in Kauf nahm. Ja mehr noch: Die CDU hat über die Bodenreform ihren bisherigen Charakter als christliche Volkspartei verloren. Das spricht für die These, dass auch und gerade westdeutsche CDU- Politiker die historische und juristische Aufarbeitung der Boden- und auch Industriereform blockiert haben; es mutet heuchlerisch an, wenn CDU- Politiker das schwere Unrecht als „beispiellose Entrechtung“ anprangern (W. Schäuble, Der Vertrag), sie sich andererseits aber auf eine sowjetische Vorbedingung berufen, die sie bedauerlicherweise daran hindere, dass die Betroffenen doch noch Gerechtigkeit finden. Der Historiker Siegfried Suckut hat im Jahr 1982 eine Forschungsarbeit mit dem Titel „Der Konflikt um die Bodenreformpolitik in der Ost- CDU 1945“ erstattet, die im Deutschland- Archiv 1982, S. 1080 ff abgedruckt ist. Sie ist mehr denn je aktuell und keineswegs nur von akademischem Interesse.

Nach der Durchführung der Bodenreform in der SBZ hat Heinrich von der Gablentz, Leiter des Wirtschaftspolitischen Ausschusses in der Ost- CDU, in der 14. Sitzung des Gründungsausschusses der Union am 15.11.1945 umfassend Bericht über die praktische Bodenreform erstattet. Im Protokoll heißt es wörtlich:

„Herr von der Gablentz berichtet über die Exzesse, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Agrarreform in allen Provinzen, in denen die Agrarreform durchgeführt wird, verzeichnet werden müssen und die keinesfalls als einzelne Erscheinungen anzusehen sind. Herr von der Gablentz legt zahlreiche Dokumente und Schriftstücke vor, die den Tatbestand brutalster Behandlung der früheren Eigentümer belegen. Nicht nur werden sie von Haus und Hof vertrieben, sondern mit ihren Familienangehörigen auch ihrer persönlichen Habe beraubt, verhaftet und, wie sich jetzt zeigt, zum großen Teil in eine Art Konzentrationslager nach der Insel Rügen verschleppt, in denen sich nach bisherigen Feststellungen bereits über 700 Personen befinden. Diese Rechtswidrigkeiten können nicht mehr von der Union stillschweigend hingenommen werden. Es sei zu prüfen, in welcher Form gegen diese Vorgänge Stellung genommen werden könne.

Herr von der Gablentz weist darauf hin, dass im Bereich der Industrie sich ähnliche Tendenzen bereits abzeichnen und mit gleichartigen revolutionären Entwicklungen gerechnet werden müsse. Die Union könne nicht dulden, dass widerspruchlos Willkür herrsche und Nazimethoden wie Sippen- und Standeshaftung mit umgekehrten Vorzeichen durchgeführt würden.“

Aufgrund dieses Berichts hat der stellvertretende Vorsitzende der Ost- CDU, Walther Schreiber, eine Resolution ausgearbeitet, die er dem Gründerausschuss zur Annahme vorlegte. Darin wird die Überzeugung der CDU betont, dass

„keinem Staatsbürger seine persönliche Freiheit und sein Eigentum ohne gesetzmäßigen Richterspruch genommen werden dürfen“,

und fuhr fort:

„Tausende von politisch völlig unbelasteten Familien, selbst schärfste Gegner des Nazisystems und anerkannte Opfer des Faschismus sind unter Anwendung faschistischer Methoden von Heim und Herd vertrieben, ohne jedes Recht auf ihrer Heimat ausgewiesen, ihrer Freiheit und nicht nur ihres gesamten Landbesitzes, sondern auch ihrer gesamten persönlichen Habe beraubt worden. So ist die notwendige Reform zu einem terroristischen Klassenkampf ausgeartet, gegen den wir im Interesse des Ansehens und der demokratischen Erneuerung unseres Landes den schärfsten Protest einlegen.“

Und nun zeigt sich, dass Politiker damals wie heute eigentlich nur taktieren, um ihre politische Macht irgendwie zu bewahren, sich dem political mainstream deshalb so gut wie möglich anpassen, und dies bis zur völligen Preisgabe von Ethik und Moral. Zu einer Verabschiedung der Resolution ist es nämlich nicht gekommen. Im Dezember 1945 wurden der Vorsitzende der CDU- Ost, Andreas Hermes, und der bereits erwähnte Walther Schreiber, in einer Präsidiumssitzung durch den Vertreter der SMAD, Oberst Tjulpanow, zum Rücktritt gezwungen. Beide setzten sich kurze Zeit darauf in die Westzonen ab. Nachfolger wurden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, die später nacheinander Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen in der Adenauer- Ära waren.

Kaiser und Lemmer traten ein Jahr später zurück, als die sog. Industriereform durchgeführt worden sind. Sie folgten ihren Vorgängern Hermes und Schreiber in den Westen. Auffällig ist jedoch, dass sie zwar die Industriereform verurteilten, die Bodenreform aber trotz der Exzesse, die noch wenige Monate zuvor Gegenstand einer Präsidiumssitzung der CDU gewesen waren, durchaus begrüßten. Die Mitglieder im Ausschuss der Reichsgeschäftsstelle ließen sich dabei von angeblichen wirtschaftlichen Nützlichkeitsüberlegungen leiten. Zwar wurden auch durchaus rechtsstaatliche Bedenken geäußert; doch traten diese in den Hintergrund im Hinblick auf die betonte große soziale Bedeutung der Bodenreform angesichts der gesamtgesellschaftlichen Situation in den ersten Nachkriegsmonaten. Die von der KPD verfolgte Reformpolitik war bei der CDU durchaus populär (Suckut, a.a.O., S. 1092).

Wie sehr sich die Partei unter dem Eindruck der Bodenreform gewandelt hat, veranschaulicht eine Äußerung von Ernst Lemmer, der im Januar 1946 die erwünschte Wandlung der CDU zu einer sozialen Partei wie folgt zum Ausdruck brachte:

„Die politische Tendenz in dieser Krise war zweifellos die, darüber Klarheit zu schaffen, dass unsere CDU einen ausgeprägten und sozialen Kurs zu steuern hat. Es ist von zahlreichen anscheinend aufrichtig besorgten Freunden aus dem Lande zum Ausdruck gebracht worden, dass sich unsere CDU nicht zu einer konservativen rechtsbürgerlichen Partei entwickeln darf, sondern dass sie vielmehr als eine demokratische und soziale Partei fortschrittliche Orientierung haben muss. Im Mittelpunkt dieser Besorgnis stand die Behandlung der Bodenreform.

Ich habe manchmal den Eindruck gehabt, dass der Böswillige aus manchen unserer Veröffentlichungen heraushören könnte, als ob wir im Grunde genommen die Bodenreform überhaupt nur mit einer gewissen Verärgerung mitgemacht haben. Ich selbst habe in einigen Veröffentlichungen etwas stärker den Akzent der Bejahung der Bodenreform zum Ausdruck gebracht als Akzente der Besorgnis und Kritik.

Die Bodenreform im Ganzen als nationale und soziale Notwendigkeit zu bejahen, ist unsere Pflicht gewesen und dürfte es in Zukunft bleiben.“

Fazit: Die CDU ist sich im Grunde genommen selbst treu geblieben, wenn ihre Protagonisten im Einigungsprozess die Ergebnisse der Bodenreform unter allen Umständen festschreiben wollten. Die Gründe hierfür mögen in den Vorkommnissen anlässlich des Sturzes der vom Zentrumspolitiker Brüning geführten Reichsregierung im Jahre 1932 durch eine Kamarilla um den greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg liegen. Dieser Kamarilla gehörten ostelbische Rittergutsbesitzer an, als deren ebenso ungeschickter wie intriganter Lobbyist Franz von Papen auftrat, der dann Hitler zur Machtergreifung verholfen hat. Die CDU sieht offenbar als Konsequenz dieser unrühmlichen Vorfälle in dem Junkertum ein Grundübel, welches es ein und für allemal zu beseitigen gilt, und das kontinuierlich vielleicht schon seit dem Jahr 1945. Hermes und Schreiber, die sich von rechtsstaatlichen Bedenken haben leiten lassen und deshalb von der SMAD zum Rücktritt gezwungen worden sind, waren zwar sehr ehrenhaft, aber sie repräsentierten eben nicht die Mehrheit der CDU.

<http://www.drgertner.de>